



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Moria, Lesbos jetzt! – EU-Asylpolitik endlich reformieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist entsetzt über die aktuelle humanitäre Katastrophe im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Der Landtag bekräftigt erneut seine Bereitschaft, Menschen aus besonderen Notlagen aufzunehmen. Er fordert die Landesregierung auf, alles in ihrer Kompetenz Mögliche zu veranlassen, um aktuell den Menschen aus dem Flüchtlingslager Moria auf Lesbos schnellstmöglich humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Bund mit Nachdruck die Möglichkeit einzufordern, Menschen in Not aus Moria unverzüglich aufzunehmen.

Die Landesregierung wird weiter aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- Deutschland einen maßgeblichen Anteil der Menschen aus dem Flüchtlingslager schnellstmöglich aufnimmt,
- eine schnelle Verteilung der Geflüchteten aus Moria auf weitere europäische Länder erfolgt,
- humanitäre Hilfe für die Geflüchteten vor Ort ermöglicht wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die EU-Asylpolitik endlich im Sinne der Menschen, die in Europa Schutz vor Verfolgung suchen, zu reformieren. Ziel muss es sein

- die Lager auf den griechischen Inseln aufzulösen und einen gerechten europäischen Verteilmechanismus der Geflüchteten in Europa zu vereinbaren. Es gibt unter den EU-Staaten bereits eine Koalition der Willigen, die erklärt haben, Menschen aufzunehmen. Alle anderen EU-Staaten, die nicht aufnehmen wollen, sollen sich durch vergleichbare materielle Leistungen beteiligen. Innerhalb dieses Verteilungsverfahrens sollen Familienzugehörigkeiten berücksichtigt werden.
- ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren und einheitlicher Rechtsanwendung zu schaffen, inklusive Ad-hoc-Mechanismen für akute Notfälle,
- den Ankommenden Zugang zu Beratung und Rechtsbeistand zu gewähren und eine Art Widerspruchskommission einzurichten,
- die Finanzierung des EU-Asylsystems aus dem EU-Haushalt zu gewährleisten,
- das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer europäischen Asylagentur auszubauen und personell aufzustocken, die die Asylverfahren für alle Asylsuchenden, die nach Europa kommen, durchführt,
- Kommunen in ihrer Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen, mit Mitteln aus europäischen Finanzierungsinstrumenten zu unterstützen.

Begründung:

Hilfsorganisationen warnen seit Monaten und nicht erst seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie vor einer humanitären Katastrophe in den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, in denen Migranten unter prekären Umständen auf engstem Raum, meist ohne Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen und mit minimaler Gesundheitsversorgung leben.

Die aktuelle Situation des Flüchtlingslagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos zeigt deutlich, wie dringlich eine solidarische europäische Lösung der Verteilung von Geflüchteten gefunden werden muss. Viele Kommunen in Schleswig-Holstein haben ihre Bereitschaft erklärt, Geflüchtete aufzunehmen. Der Bund muss den Weg dafür endlich frei machen.

Die Europäische Union braucht eine humanitäre, langfristige und belastbare Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die derzeitige deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss genutzt werden, um die festgefahrenen Verhandlungen auf EU-Ebene wieder aufzunehmen und eine Einigung im Sinne der Schutz suchenden Menschen zu erreichen. Ein europäisches Asylsystem muss Humanität und Solidarität zusammenbringen.

Regina Poersch
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW